

Für eilige Leser

am Donnerstag morgen.

Niga ist nach einer Meldung des "Times"-Korrespondenten an der russischen Front jetzt ernstlich bedroht. An der beharrlichen Grenze wiesen die österreichisch-ungarischen Truppen einen russischen Angriff ab. An der galizischen und wohynischen Front kam es erneut zu schwere für die Russen erfolglosen Kämpfen; nordöstlich Dubno hatte der Feind besonders schwere Verluste.

In dem Wald- und Sumpfgebiete des Styr und der Pripiat wartet die österreichisch-ungarische Kavallerie zahlreiche feindliche Reitereiabteilungen zurück.

Deutlich des Bodinu-Passes schritten die österreichisch-ungarischen Truppen zum Angriff und eroberten die italienischen Stellungen auf dem Hindenig-Kofel.

Italienisch Angriffe auf den Fazore und im Pris-Gebiete brachen zusammen, ebenso die üblichen Annäherungsversuche im Töberdo Abschütt.

Nach einer Buntermeldung wird die amerikanische Regierung die Verhandlungen des Vierverbandes über eine Amtshilfe in Amerika wieder billigen noch missbilligen.

Der Staatskongress von Ohio sprach sich in einer schriftlichen Entschließung gegen die einsetzende "Neutralität" der amerikanischen Regierung aus.

Wetteranlage der amtl. sächs. Landeswetterwarte: Wetterholt; warm; trocken.

die tapferen Truppen mit Gottes Hilfe einen ehrenvollen Frieden sichern werden. Meine Gedanken, so schrieb der König der Briten, sind nicht denn jemals in dieser kritischen Zeit bei Dir.

Der Zar soll die ungeahnte Wahrheit erfahren.

"Alzich" meldet: Die Petersburger Stadtverbände haben einen Beschluss angenommen, nachdem es auch von der Stadtverwaltung in der schweren Zeit für notwendig erachtet wird, dem Kaiser die ungeahnte Wahrheit zu sagen. Die Rückschlüsse liegen in den laufenden Schäden in Kujland, in der neuen Tedorganisation und Unfähigkeit der Regierung und in der verbrecherischen Unfähigkeit derselben, die verüben seien, den Sieg vorzubereiten. Der Reichstag verlangt eine Regierungsmacht, die nicht mit den Sünden der Vergangenheit belastet sei, und die das Vertrauen des Volkes besiege. Ein drohendes Zeichen der Zeit sei der aufgerührte Zustand im Innern. Der Beschluss wurde mit überwältigender Mehrheit gegen 18 Stimmen angenommen. "Alzich" behandelt die Revolution in einem Vortragsel und fügt hinzu, in ganz Petersburg gehe das Gerücht um, daß das Ministerium den Beschluss beiseite gelegt und seinerlei Rottz davon genommen habe. Sie weist auf die gewaltigen Schwierigkeiten hin, die die neuen Minister zu bewältigen hätten, insbesondere der Unterrichtsminister, da der ganze Verwaltungsaufbau von denselben Geiste durchdrungen sei, und ferner, daß alle Wahlabstimmungen freiherrlicher Minister auf den passiven Widerstand Unterwerber stützen, ins Gegenteil verdreht oder nicht ausgedrückt würden. In den Kreisen der Duma zirkulieren Gerüchte, daß die Duma verlängert werden würde, was eine große Aufregung hervorrufe und als verbrecherische Wahlnahme bezeichnet werde. Es wurden folgende Weisungsvorlagen in der Duma eingereicht: Aufhebung der Vorrechte des Oberschadels, Entschädigung für Kriegsopfer, Interpellation über Finnland und Amnestie der Verbannten (W. T. B.).

Der Wert der französischen Festungen.

b. Unter dem Eindruck, den die französische Volksvertretung durch die Besiegung der großen russischen Festungen erhielt, beschloß der Senatario von des Senats, eine Abzahl seiner Alliierten nach Belfort, Verdun, Douai und Epinal abzuordnen, um über die Verteidigungs möglichkeiten dieser vier Festungen zu berichten. — Das "Matin" erhielt von einem jenen Senatoren, denen der Kriegsminister an Lit und Zelle alle erforderlichen Ausführungen geben ließ, die Sicherung, daß in jüngster Zeit viel gehoben sei, um durch Ansteckung von Verbündeten und ein System von Verteidigungen die genannten vier Festungen so widerstandsfähig wie möglich zu machen. Zimmerman konnten die Senatoren auch nach Kenntnisnahme dieser Modernisierungsversuche sich der Überzeugung nicht verschließen, daß auf keiner der Festen der Sieg des Deutschen Reichs wäre, wenn nicht die überste Verteidigung durch zweckmäßige Truppenbewegungen die Aufgabe der Festungsbesitzer erfüllte.

Ein französisches Siegerdenkmal.

b. Aus Paris meldet die "Berlingske Tidende", daß bei Cuxhaven, Nauen und Hamborn ein großes Siegesdenkmal errichtet wird. Der reicher wohnende Abordnung der Nauener und der Pariser Stadtvertretung sowie über 15000 Pariser bei. Neden wurden nicht gehalten, nur Kränze und Blumen wurden am Denkmal niedergelegt. — Ist das nicht ein wenig voreilig?

Die Finanzoperationen des Vierverbandes.

b. Der russische Finanzminister Park ist mit seinem Stab vom Finanzministerium nach Paris abgereist. Die Reise geht über Salons, von wo Park mit dem Kreuzschiff "Ascalon" nach Marseille reist. Park wird sich mit den englischen und französischen Finanzministern wegen einer ausländischen Amtshilfe beraten. Die Alliierten beobachten, die amerikanische Amtshilfe untereinander zu verteilen. Man hofft dadurch, den in New York stark geflohenen Sterbten, Kranken- und Nutzflüchtigen zu heben.

Ergebnisse der englischen Kriegsanleihe.

Am Unterhaus teilte Blaue Kenna mit, daß der Verkauf von Bonds über die Kriegsanleihe im Betrage von 1 bis 10 Schilling und einem Pfund, sowie von Belebungen über 5 Pfund Sterling bis zum 4. September 171000 Pfund Sterling betrugen hat. Nicht begriffen hierin sind die Leistungen auf Anteilscheinungen durch Vermittlung der Postämter und Banken, die bis zum 1. September auf 951000 Pfund Sterling sich befreit haben. (W. T. B.)

Das Problem der Deckung der englischen Kriegskosten.

b. "Daily Graphic" erklärt in einem Vortragsel, daß Schatzkanzler Mac Kenna mit einem gewaltigen Problem zu kämpfen haben werde. Das neue Budget werde dem Haushalt in Kürze vorgelegt werden. Bei Beginn des Finanzjahrs, sagt das Blatt, betrugen unsere täglichen Ausgaben 3 Millionen Pfund. Jetzt dürften sie 1 Millionen überschritten haben und noch immer steigen. Die Einnahmen des Schatzamtes aus Steuern, Posteinkünften und anderen Quellen betragen kaum 3 Millionen täglich. Die einfache Subtraktion zeigt den riesigen Zehnbetrug, der täglich zu decken ist. Augenblicklich borgen wir, um diesen Zehnbetrug auszugleichen, und bilden Schulden auf Schulden mit einer Schnelligkeit ohne Gleichzeit. Einige Schulden müssen wir machen; aber wünschenswert ist, daß wenigstens ein Teil der Kriegskosten aus den Einnahmen gedeckt wird, während außerdem die zwingende Notwendigkeit entsteht, daß Vorlehrungen zur Bezahlung der Binsen für die jetzt kontrahierende Gesamtsumme getroffen werden, sowie zur abschließenden Abtragung der Schuld. Um diese zu erzielen, müssten mindestens 80 Millionen Pfund eingenommen werden, außer der jetzigen Einnahme von 270 Millionen. Das würde einen Totalbetrag von 350 Millionen ergeben, also weniger als 1 Million für den Tag, im Vierkredit zur täglichen Ausgabe von 4 Millionen. Diese Zahlen beweisen, daß die neuen Steuern schwerer sein müssen als alte, die seit den napoleoni-

schen Zeiten dem Lande auferlegt wurden. Aber schließt das Blatt, was jetzt auf dem Spiele steht, ist mindestens ebenso groß wie damals, und die Nation ist heute mindestens ebenso patriotisch.

Der deutsche Luftangriff auf die Küste von Kent.

(Reuter.) Drei weitere Fälle von Verwundungen, die durch ein Flugzeug an der Küste von Kent verursacht wurden, sind gemeldet worden. Sonst sind im ganzen sechs Frauen und ein Mann verletzt worden; daß von zwei Frauen schwer. (W. T. B.)

Zum letzten Luftangriff auf London.

b. Nach verschiedenen holländischen Meldungen umfaßte das Beppelingeschwader, das England am Montag abend besuchte, fünf Luftschiffe.

Die letzte englische Verlustliste.

weist 48 Offiziere und 258 Mann auf. (W. T. B.)

Eine Abzage der englischen Sozialisten an die Internationale.

(Reuter.) Die Zentralabteilung der englischen sozialistischen Partei hat in einer Versammlung am 18. September folgende Entschließung angenommen: Angesichts des Beschlusses der englischen Sektion des internationalen sozialistischen Bureaus, sowie der französischen und belgischen sozialistischen Parteien, keine Verhandlungen mit sozialistischen Parteien, keine Abmachungen mit sozialistischen Parteien, keinlicher Kontakt anzunehmen, und angemessen der unbefriedigenden und zweideutigen Stellung des sozialistischen Bureaus in Haag, ferner um den Abschluß eines illosen Vertrages verantwortlicher Mitglieder der englischen sozialistischen Partei auszudrücken, die versuchen, den Bevölkerung der englischen Sektion des internationalen sozialistischen Bureaus zu umgehen, indem sie einen Abgeordneten nach Bern entsenden wollten, weigert sich die Abteilung, in Beantwortung eines Erlasses der internationalen Kommission der englischen sozialistischen Partei für diesen Zweck irgendwelchen Geldbeitrag zu leisten. (W. T. B.)

Die unbedurchführbare Dardanelles-Aktion.

b. Der militärische Mitarbeiter des "Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt: Wenn für die Aktion auf Gallipoli eine bestimmte Frist abgelaufen ist, so muß die Ursache dafür in den klimatischen Einflüssen gesucht werden, die für einige Zeit einen längeren Aufenthalt der Truppen dort sehr gefährlich werden. Denn wenn die Verbündeten die felsigen Küsten Gallipolis befreien, werden die Schiffe, die nicht über höhere Höhen verfügen, sich unmöglich der Küste nähern können. Von einer regelmäßigen Auffahrt der unerheblichen Bedeutung des Landungsbootes wird keine Rede mehr sein können. Nicht nur müssen fortwährend große Vorräte an Lebensmitteln, Munition und Material ausgeführt, auch die Verwundeten müssen transportiert werden. Welche schreckliche Folge eine mehrjährige wiederholte Unterbrechung im Verkehr der Transportschiffe haben würde, läßt sich denken.

Der Mitarbeiter bezweifelt, daß man diese Schwierigkeiten wird überwinden können. Deshalb erachtet er es nicht unwahrscheinlich, daß eine Frist gestellt ist, nach deren Ablauf die Unterbrechung aufzugeben wird. Well dieser Bevölkerung der Verbündeten sehr schwer fallen würde, ist es begreiflich, daß sie noch gewaltsige Kraftanstrengungen machen werden, um den Widerstand zu brechen. Vielleicht werden die Italiener sich daran beteiligen.

Isolareiche Kämpfe in Ostafrika.

b. Ein Mitarbeiter der "Kölner Volkszeitung", der vorangegangene afrikanische Verbindungen bestätigt, berichtet über erfolgreiche Kämpfe unserer ostafrikanischen Schutztruppen. So teilt er mit, daß die Engländer bei den Kämpfen um Taveta am 20. März große Verluste erlitten. Sie wurden nach einem Sturmangriff auf den befestigten Ort zurückgeschlagen, wobei sie über 120 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen verloren. Ruheloses wertvolles Material fiel unseren tapferen Schutztruppen in die Hände. Seit dieser gründlichen Niederlage haben die Engländer den Versuch eines ärgerlichen Angriffes auf Taveta aufgegeben. Never ein volles Jahr mehr nun schon die schwärz-weiß-rote Flagge über dem auf britischem Boden liegenden Orte.

Sinken der kanadischen Weizenpreise.

Die Londoner "Times" melden aus Ottawa: In Kanada herrscht Besorgnis wegen des Sinkens der Weizenpreise, seitdem die Ernte aus dem Westen auf den Markt gesommen ist. Von verschiedenen Seiten wird darauf gedrungen, es sollte gestoppt werden, Getreide an Neutrale zu verfrachten. In einer amtlichen Erklärung des Handelsdepartement wird nun ausdrücklich festgestellt, daß der Zweck des Ausfuhrverbots der kanadischen und der britischen Regierung der gewesen sei, zu verhindern, daß Getreidesmittel aus Kanada in feindliche Länder gelangen. Die britische Regierung verhandelt mit verschiedensten neutralen Ländern über eine bestiedigende Lösung der Frage, wie die Wiederaufnahme verhindert werden könnte. Mit den Niederlanden und Griechenland sei bereits ein Abkommen erzielt worden. Die Verhandlungen mit den anderen neutralen Staaten würden fortgesetzt. (W. T. B.)

Die französisch-englische Amtshilfe in Amerika.

"Central News" melden aus Washington: Pierpon Morgan hat die französischen und englischen Finanzleute zusammen mit 175 Bankiers und sonstigen hervorragenden Geschäftsmännern zu einem Empfangsfeier in Wallstreet eingeladen. Man glaubt mit Sicherheit, daß es den Alliierten gelingen wird, eine fünftausendjährige Amtshilfe von 100 Millionen Pfund Sterling (2 Milliarden Mark) aufzunehmen. Die deutsche Presse Amerikas rädet scharf den Amtshilfeplan und bezeichnet ihn als eine schroffe Verlehnung der Neutralität. (W. T. B.)

Ein einfacher Handelskredit.

Das Reuterische Bureau erfährt an hochstatieller Stelle in Washington, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Verhandlungen mit Vertretern der Alliierten wegen einer Amtshilfe von 1000 Millionen Dollars wiederholen will, obwohl noch missbilligen werde. Man nehme den Standpunkt ein, daß die Bankiers der Regierung keine Mitteilung gemacht hätten und deshalb frei seien, nach Belieben zu handeln, solange sie kein Gesetz verletzen. Trotz des riesigen Betrages scheint die Behörde als einfacher Handelskredit an. (W. T. B.) — Das ist, die Möglichkeit der Reutermeldung vorausgesetzt, allerdings ein Standpunkt, der der von der amerikanischen Regierung bisher bekundeten Auffassung von Neutralität völlig entpricht.

Der angebliche Standpunkt Wilsons.

b. Nach einem Londoner Telegramm aus Washington in den letzten Verhören aufzulegen Präsident Wilson bereit, die Frage der "Arabis" dem Haager Schiedsgericht zu überweisen. Dagegen will der Präsident bei den übrigen gerichtlichen Fragen, die in der amerikanischen Note angedeutet wurden, nichts von den ursprünglich geäußerten Ansichten aufgeben.

Eine neutrale Stimme über den Fall Dumba.

Die "Amerikanische Zeitung" widmet dem österreichischen Botschafter in Washington Konstantin Dumba einen summierten Verteidigungsbericht. Dieser Botschafter ließ eingeschworene Rechtsgutachten vorausgesetzt, daß Dumba sitzt förmlich darunter, daß er es nicht verbot, seiner Sache in Amerika zum Siege zu verhelfen. Das brachte ihn auf den Gedanken, den von ihm als britisches Unrecht empfundene Botschaftserungen der Amerikaner auf andere Weise abzuwenden zu tun. Dieser Weg war freilich falsch, mag auch der Beweisgrund ein noch so edler, von Gerechtigkeitsgefühl und Vaterlandsliebe eingegebener gewesen sein. Dumba fiel als Loser seines glühenden Patriotismus, und deshalb ist sein Fall trotz allem ein ehrlicher.

Der Staatskongress von Ohio gegen einseitige Neutralität.

b. Auf dem 12. Jahreskonvent, einem der erfolgreichsten in der Geschichte des Staatsverbandes von Ohio, gelangte folgende Resolution zur enthusiastischen Annahme:

"Wir sind der Ansicht, daß unsere Regierung sich einer Neutralität befähigt, die sehr einseitig ist. — In schweren Worten verlangt unsere Regierung von Deutschland, daß es das neue amerikanische Bürger, zu reisen, wohin sie wollen, respektiere, und hält es für eventuellen Verlust von Leben und Eigentum verantwortlich. Dadurch gibt sie indirekt eine Garantie für fidzere Verförderung von Waffen und Munition. Dagegen hat sie sich jetzt noch zu einem energischen Schritt gegen England aufgerichtet, das amerikanischen Bürgern, ganz im Widerspruch zu internationalen Gesetzen, nicht erlaubt, amerikanische Waren, die keine Konterbandewaren sind, auf amerikanischen oder neutralen Schiffen nach neutralen Ländern zu versenden, trotzdem unser Land dadurch ein Schaden von Hunderten von Millionen Dollars erwacht. Ebenso nimmt sich England entgegen internationalem Gesetzen das Recht heraus, noch belieben irgend etwas für Konterbandewaren zu erläutern, wenn solches keinen Zweck dienlich ist, ohne daß unsere Regierung bisher grobe Anstrengungen gemacht hätte, England ein Halt zu gebieten. Im Anfang des Krieges wurde die deutsche drakonische Station in Tuckerton von unserer Regierung außer Tätigkeit gesetzt. Später kam diese sowie die Saville-Station unter Benutzung. Und jetzt ist der Betrieb beider ganz von der Regierung übernommen worden, während der Kabelbetrieb nach wie vor unbehindert bleibt und auch den vor dem New Yorker Hafen liegenden englischen Schiffen nichts in den Weg gelegt wird, drakonische Nachrichten vom Lande zu empfangen und weiterzubedrucken. In Abtracht obiger Tatsachen können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Haltung unserer Regierung nicht im Einklang mit wahrer Neutralität steht."

Amerikanische Munitionsfabriken freien.

b. Mehrere große amerikanische Gesellschaften, die mit dem Vierverband Lieferungsverträge auf Kriegsmaterial abgeschlossen haben, weigern sich, nach einer Meldung der "Newark Tribune", die erhaltenen Aufträge auszuführen. Die Fabrikanten begreifen angesichts der Schwierigkeiten, die sich dem Abschluß der englischen Amtshilfe von 500 Millionen Dollars entgegenstellen, die Voraussetzung, daß die Zahlungen nicht vereinbarungsgemäß erfolgen können. Der niedrige Stand der englischen Währung hat die Befürchtungen der Amerikaner hinsichtlich der Regulierung der Kriegslieferungen noch erheblich verstärkt. Auch die "American Car Company", die seit einigen Monaten fast ausschließlich für die russische Heeresverwaltung arbeitet, hat die Verhandlungen wegen neuer Lieferungen im Wert von 125 Millionen Mark abgebrochen und erklärt, daß sie keine weiteren Aufträge mehr übernimmt.

Eine holländische Stimme zur deutschen Kriegsanleihe.

Die holländische Wochenschrift "De Toekomst" schreibt gegenüber Ausführungen französischer und englischer Männer, wonach Deutschland sich durch seine Finanzierung sein eigenes Grab grabe: "Diese Furcht oder vielmehr die Hoffnung der Feinde Deutschlands, daß die dritte Kriegsanleihe zu hohe Forderungen an das deutsche Kapital stellen möchte, wird sich nicht erfüllen. Die englische Blockade gerade hat Deutschland bezüglich seiner Lebensmittelversorgung und seiner Rohstoffprodukte völlig unabhängig vom Ausland gemacht. Die geringen Beziehungen gewisser Waren aus dem neutralen Auslande fallen kaum ins Gewicht. Holzsichtig ist das Geld zum überwiegenden Teil im Bunde geblieben. Daher der Erfolg der neuen Amtshilfe sind deshalb die denkbaren größten. Obwohl durch die beiden vorausgegangenen Amtshilfen die Mittel bereits etwas in Anspruch genommen worden sind, hat sich die Industrie inzwischen neue Märkte zu schaffen vermocht. Die Depots bei den Bauten sind stark angewachsen. Und vor allem haben die jüngsten Erfolge der Zentralmächte in Russland das Vertrauen des deutschen Volkes auf den endgültigen Sieg so stark bestärkt, daß der deutsche Finanzminister mit der größten Ruhe dem Ergebnis der Rechnungen entgegensehen darf."

Die Kanzlerrede und das Gymnasium.

b. Der Leiter eines Berliner Gymnasiums hat die Geschichtslehrer seiner Anstalt aufgefordert, die leichte Reichstagssrede des Kanzlers in den nächsten Geschichtsstunden vor den Schülern einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. In den obersten Klassen sollte auch die sprachliche Form berücksichtigt werden. Von diesem Mundschreiben hat der betreffende Schulleiter dem Provinzialschulfollegium Mitteilung gemacht. Das Provinzialschulfollegium hat diese Mitteilung und die Befürchtung des Schulleiters zur Kenntnis der Leiter der höheren Lehranstalten seines Amtsreiches gebracht und eine Anordnung ähnlicher Art besonders für die oberen und mittleren Klassen zur Nachahmung empfohlen.

Ein Wort Enver Pasha.

b. Dem "Daily Telegraph" wird aus Konstantinopel mitgeteilt: Der Herzog Johann Albrecht von Wieden-Lenburg stellte dem Sultan einen Besuch ab, worauf ihm Kriegsminister Enver Pasha die Truppen vorstellte mit den Worten: "Die Gegenwart des Herzogs von Wieden-Lenburg ist das Anzeichen der Ankunft der großen deutschen Armee".

Unsere koloniale Zukunft.

In einem von Dr. Paul Rohrbach herausgegebenen "Kolonialkalender" äußert sich Staatssekretär Dr. Solf über unsere koloniale Zukunft: "Deutschlands politische und wirtschaftliche Lage läßt es als dringend unverträglich erscheinen, daß nach Beendigung des Krieges unser Kolonialbesitz unbeschadet etwaigen Landzuwächsen in Europa und einer Neuverteilung in den Besitzungen der europäischen Staaten zueinander, erhalten und vergrößert werde. Für den mit wirtschaftlichen Fragen Vertrauten bedarf es keines besonderen Nachweises, doch auch er wird staunen, wenn er die außerordentliche Bedeutung, die der Besitz von Kolonien für moderne Staatswesen hat, ziffernmäßig vor sich sieht. Der Bedarf Deutschlands an kolonialen Produkten geht in die Milliarden. Unsere bisherigen Kolonien können nur einen verschwindend kleinen Teil des Bedürfnisses an solchen Stoffen, etwa 3 Prozent, decken. Man darf annehmen, daß sich die Entwicklungstendenzen der neuzeitlichen Kolonialpolitik nach dem Kriege erheblich verstär